

Radikalismus auf dem Schulhof

Bildungsminister: Spürbare Veränderung

BERLIN. Eine zunehmende Radikalisierung ist nach Worten des Präsidenten der Kultusministerkonferenz, Helmut Holter (Linke), auch auf den Schulhöfen zu spüren. In Sachen Gewalt sei die Hemmschwelle an den Schulen deutlich gesunken, sagte der Thüringer Bildungsminister gestern in Berlin auf die Frage nach dem Umgang der Bildungspolitik mit Ereignissen wie den Ausschreitungen in Chemnitz.

Er setze sich daher dafür ein, Demokratiebildung weiter in den Mittelpunkt zu rücken, betonte Holter während der Präsentation einer OECD-Studie zur Bildung.

Es sei wichtig, dass Lehrer staatsbürgerliche Haltung zeigten. Wenn ein Schüler das Wort Jude als Schimpfwort benutze, müsse darauf auch im Physikunterricht reagiert werden.

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) verwies auf das auch von ihrem Ministerium unterstützte Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ und sagte, dass diese Frage darüber behandelt werden könne. Demokratie wirklich zu leben, das müsse in kleinen Einheiten vor Ort praktiziert werden. So müsse stärker daran gearbeitet werden, auch mal eine andere Meinung stehen lassen zu können, erklärte Karliczek gestern. (epd)

Mehr Ärzte, weniger Betten

ERFURT. In Thüringer Krankenhäusern gab es im vergangenen Jahr durchschnittlich 15 770 Betten – das waren 96 weniger als im vergangenen Jahr. Das berichtet das Landesamt für Statistik. Die Betten waren zu 76,7 Prozent ausgelastet, etwas weniger als im Jahr zuvor. Das liegt vor allem daran, dass die Aufenthaltsdauer von stationären Patienten seit Jahren sinkt. Waren es im Jahr 2000 noch durchschnittlich 10,1 Tage bei 518 000 Fällen, wurden im vergangenen Jahr die Patienten nach 7,6 Tagen entlassen. Gestiegen ist die Zahl der Ärzte auf 5237. (red)

Land geht gegen Suedlink vor

ERFURT. Thüringen will noch vor dem Planfeststellungsbeschluss gegen die geplante Stromtrasse Suedlink rechtlich vorgehen. Im Auftrag Thüringens solle eine Kanzlei beim Bundesverwaltungsgericht einen Rechtsbehelf gegen eine Entscheidung der Bundesnetzagentur beantragen, sagte eine Sprecherin des Infrastrukturministeriums. Thüringen wolle verhindern, dass vollendete Tatsachen geschaffen werden. Mit einem Planfeststellungsbeschluss für Suedlink werde nach bisherigen Informationen 2020/21 gerechnet. (dpa)



Jenaer Forscherin erhält Umweltpreis für Smartphone-App

Mit dem Smartphone auf Entdeckungstour in der Natur – das ist das Erfolgsrezept, mit dem Luise Knoblich Schülern biologische Vielfalt nä-

her bringt. Die wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe Biologiedidaktik der Uni Jena hat ein Biotrack-Verfahren entwickelt, das

den Biologieunterricht zur spannenden Expedition macht. Für ihre Idee ist Luise Knoblich jetzt sogar von den Vereinten Nationen geehrt worden,

im Rahmen der UN-Dekade „Biologische Vielfalt“. Ihre Erfindung motiviere junge Menschen für die Erhaltung der Artenvielfalt. Foto: FSU

Schwarze Listen von Extremisten beschäftigen die Behörden

Immer wieder fallen der Polizei Personendaten, sogenannte „Feindeslisten“, in die Hände – Bislang noch kein Fall in Thüringen

VON SEBASTIAN HAAK

ERFURT. Bei den Ermittlungen der auf rechte Straftaten spezialisierten BAO Zesar des Thüringer Landeskriminalamtes sind nach Angaben einer Sprecherin der Behörde bislang noch keine sogenannten Feindeslisten von Rechtsextremen aufgetaucht.

Allerdings sei nicht auszuschließen, dass Angehörige der rechten Szene über Notizen oder Aufzeichnungen zu ihren vermeintlichen politischen Gegnern verfügten, sagte eine Sprecherin des Landeskriminalamtes unserer Zeitung. Immerhin mache es besonders das Internet für Jedermann möglich, persönliche Daten über andere Menschen zu recherchieren – umso mehr, weil viele Menschen Informationen von sich in sozialen Netzwerken oder auf ihrer eigenen Homepage preisgaben.

Die BAO Zesar ist eine Ermittlungsgruppe im Landeskri-

minalamt, die sich auf die Verfolgung rechtsextremer Straftaten von landesweiter Bedeutung spezialisiert hat und die sich auch intensiv mit den Strukturen in der rechten Szene des Freistaats befasst.

Sie war 2012 auf Weisung des damaligen Thüringer Innenministers Jörg Geibert (CDU) gegründet worden – als eine Reaktion auf das Versagen der deutschen Sicherheitsbehörden bei der Fahndung nach dem Terror-Trio NSU.

Polizei prüft Sicherheit von genannten Personen

Gleichzeitig betonte die Sprecherin des Landeskriminalamtes, dass tatsächliche oder mutmaßliche politisch motivierte Straftäter Informationen über politische Gegner sammelten, sei an sich nicht neu. „Derartige Infor-

mationssammlungen beziehungsweise Veröffentlichungen stellen keine neue Erscheinung dar und sind in verschiedener Ausprägung auch bei anderen Phänomenbereichen feststellbar“, sagte sie.

Listen, mit denen zum Beispiel einzelne Personen als tatsächliche oder angebliche Angehörige einer bestimmten politischen Szene „geoutet“ worden waren, seien in der Vergangenheit immer wieder für die Polizei relevant gewesen.

Sollten solche Daten auftauchen, prüfe die Polizei in Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden des Freistaats und des Bundes grundsätzlich, ob sich für die davon Betroffenen eine Gefahr ergebe. „Sofern im Ergebnis dieser Prüfung eine Gefährdung der betroffenen Person nicht ausgeschlossen werden kann, wird das Gespräch mit dieser gesucht und notwendige Maßnahmen zur

Gefahrenabwehr abgestimmt und eingeleitet“, sagte die Sprecherin.

„Feindeslisten“ kursieren auch in linken Gruppen

Ende Juli war durch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage mehrerer linker Bundespolitiker bekannt geworden, dass mindestens 35 000 Menschen in Deutschland auf „Feindeslisten“ von Neonazis stehen. Die Angaben beziehen sich auf die Erkenntnisse der Behörden aus drei Ermittlungsverfahren, die vom Generalbundesanwalt und vom Bundeskriminalamt geführt worden sind.

Unter anderem hatte demnach alleine eine Gruppe mit dem Namen Nordkreuz ein teils analoges, teils digitales Verzeichnis von Namen und anderen persönlichen Daten von et-

wa 25 000 Menschen angelegt. Nach Einschätzung der Behörden besteht allerdings für die weit überwiegende Mehrzahl der Menschen auf diesen Listen keine akute persönliche Gefahr.

Eines der jüngeren Beispiele für eine Namensliste, die zuletzt im linksextremen Lager aufgetaucht war: Mitte 2016 war auf der Webseite Linksunten.Indymedia ein Verzeichnis unter anderem mit Namen, Telefonnummern und Mail-Adressen von mehr als 2100 Teilnehmern eines damals in Stuttgart stattfindenden AfD-Parteitags aufgetaucht. Auf der Webseite waren zudem immer wieder auch andere, teilweise persönliche Informationen von einzelnen Rechtsextremen innerhalb der Szene geteilt worden.

Im Juli 2017 hatte das Bundesinnenministerium die Webseite zu verbieten versucht – erfolglos. Inzwischen ist eine Nachfolge-Webseite am Netz.

Carius für Stillzimmer im Landtag

Babysitter soll Abgeordnete entlasten

ERFURT. Thüringens Landtag bekommt ein Stillzimmer. Damit reagiert das Parlament auf die anhaltende Kritik am Rauswurf einer Grünen-Abgeordneten mit Baby aus der Parlaments-sitzung im August. Für das September-Plenum werde ein provisorisches Stillzimmer in einem nicht genutzten Raum neben dem Sitzungssaal eingerichtet, sagte ein Sprecher von Landtagspräsident Christian Carius (CDU) gestern in Erfurt.

Zusätzlich zu diesem Raum wolle der Landtag nun in Zukunft auch die Dienste eines Babysitters anbieten, damit kleine Kinder von Abgeordneten während der Plenartagungen betreut werden könnten, erklärte der Sprecher.

Die Landtagsfraktion der Grünen hat inzwischen zu dem Fall dem Verfassungsgericht in Weimar einen Eilantrag vorgelegt. Damit will sie erreichen, dass die Abgeordnete Madeleine



Die Grünen-Politikerin Madeleine Henfling. Foto: Sascha Fromm

Henfling mit ihrem sechs Wochen alten Kind ihr Mandat wahrnehmen und zu den Landtags-sitzungen und Abstimmungen kommen kann. Carius hatte sich bei dem Rauswurf auf die Geschäftsordnung des Landtags berufen.

Schon als die SPD-Abgeordnete Diana Lehmann vor etwa einem Jahr eine Tochter zur Welt brachte, hatte es Stimmen gegeben, die die Arbeitsbedingungen sowohl für die Abgeordneten als auch für die im Landtag Beschäftigten als wenig kinderfreundlich kritisierten. (dpa)

Beauftragter für Oberhof

ERFURT. Nach dem Willen der rot-rot-grünen Landesregierung soll Finanzstaatssekretär Hartmut Schubert (SPD) die Vorbereitungen für die Biathlon-Weltmeisterschaft 2023 in Oberhof koordinieren. Schubert solle in der kommenden Woche zum Oberhof-Beauftragten berufen werden, kündigte Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) an. „Es muss jemanden geben, der für das Kabinett an allen möglichen Fäden zieht und sie verbindet zu einem starken Seil“, so Ramelow. (dpa)

Mehr Lohn bei öffentlichen Aufträgen

Neues Vergabegesetz soll Druck auf Unternehmen erhöhen, soziale und ökologische Standards einzuhalten

ERFURT. Unternehmen, die Aufträge vom Freistaat bekommen wollen, sollen ihren Mitarbeitern höhere Stundenlöhne als den Mindestlohn zahlen. Gestern stellte Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) den Entwurf für das neue Vergabegesetz vor. Demnach müssten Firmen mindestens 9,54 Euro pro Stunde zahlen, wenn sie einen

öffentlichen Auftrag erhalten wollen. Der bundesweit gültige Mindestlohn liegt bei 8,84 Euro.

Die Thüringer Industrie- und Handelskammern (IHK) nannten das Vorhaben unpraktikabel. Unterschiedliche Lohnuntergrenzen verursachten bei Bietern und Vergabestellen zusätzlichen Aufwand, erklärte der Hauptgeschäftsführer der

IHK Erfurt, Gerald Grusser. Unternehmen müssten dann unterschiedliche Mindestlöhne für öffentliche und private Aufträge zahlen und sie dokumentieren, argumentierte die IHK.

Tiefensee sagte, ihm sei als Sozialdemokrat und Wirtschaftsminister daran gelegen, alle Mittel zu nutzen, damit Thüringen vom Image des Billiglohn-Lan-

des wegkomme. Mit Blick auf die Rente reicht nach Tiefensees Auffassung auch ein Stundenlohn von 9,54 Euro nicht aus.

Laut Gesetzentwurf könnten auch soziale und ökologische Faktoren eine wesentliche Rolle spielen. Wenn etwa zwei Firmen gleichwertige Angebote abgeben, soll die Firma den Auftrag erhalten, die etwa Langzeit-

arbeitslose oder Schwerbehinderte beschäftigt. Die CDU-Landtagsfraktion nannte die geplanten Regelungen „windelweiche Kann-Bestimmungen“.

Das geplante Gesetz soll laut Tiefensee auch Bürokratie abbauen. Kleinere Aufträge bis zu 1000 Euro sollen direkt vergeben werden können. Bisher lag die Grenze bei 500 Euro. (dpa)

Land wird zunehmend von Sponsoren unterstützt

Den Löwenanteil der Zuwendungen erhalten die Hochschulen, aber auch das Sommerfest der Berliner Landesvertretung scheint ohne Privatgelder kaum noch vorstellbar



Vor allem Ingenieurs- und Naturwissenschaften profitieren von privater Förderung und Sponsoring. Foto: Jan-Peter Kasper, FSU

VON ELMAR OTTO

ERFURT. 7 414 354,74 Euro hat das Land in den vergangenen beiden Jahren an Geld-, Sach- und Dienstleistungen von Dritten erhalten. Das geht aus dem Sponsoring-Bericht 2016/2017 hervor. 2014/2015 waren es 6 957 420,20 Euro. Den größten Zuwachs an Sponsoring, Spenden und Zuwendungen verzeichnete dem Bericht zufolge das Wirtschaftsministerium. In den beiden Jahren erhielt das Ressort, das auch für Wissenschaft und Forschung und damit für die Hochschulen zuständig ist, knapp 7,3 Millionen.

Mit großem Abstand auf dem zweiten Platz landet das Bildungsministerium mit 77 065 Euro. Dagegen haben das So-

zial- und das Innenministerium sowie der Rechnungshof keine Sponsoring-Leistungen oder Zuwendungen zu verzeichnen.

Als Großsponsor tritt die Carl-Zeiss-Stiftung auf, die knapp zwei Millionen Euro beisteuerte. Der Löwenanteil der Summe mit fast einer Million Euro entfiel dabei auf Forschungsprojekte der Technischen Universität Ilmenau. In geringerem Maße profitierten die Friedrich-Schiller-Universität Jena (FSU) und die Fachhochschule Jena sowie die Bauhaus-Universität Weimar. Alles in allem entfielen auf die FSU 2016 und 2017 gut 360 000 Euro an Geldspenden unterschiedlicher Sponsoren.

Die größten Einzelbeträge in den beiden Jahren im Bildungsministerium stammen von der

AOK Plus, die jeweils 10 000 Euro für die Wettbewerbe „Jugend trainiert für Olympia“ beziehungsweise „Jugend trainiert für Paralympics“ sprangen ließ.

Die Staatskanzlei sammelte das meiste Geld (gut 28 000 Euro) für das Sommerfest der Landesvertretung in Berlin. Zu den größten Sponsoren der Feier zählten unter anderem Automobile Peter GmbH Nordhausen, Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen und Tank & Rast Holding.

Im Sponsoring-Bericht werden Geld-, Sach- und Dienstleistungen ab 500 Euro je Einzelfall aufgeführt. Für die Veröffentlichung des Namens ist das Einverständnis der Geldgeber, soweit es sich um eine natürliche Person handelt, Voraussetzung.

Sponsormittel an Landesbehörden

Ressort	2016/17	2014/15
Wirtschaft, Wissenschaft, Digitale Gesellschaft*	7 260 316 €	6 764 869 €
Bildung, Jugend, Sport	77 065 €	61 800 €
Staatskanzlei	43 200 €	37 243 €
Migration, Justiz, Verbraucherschutz	15 860 €	37 243 €
Umwelt, Energie, Naturschutz	13 496 €	25 762 €
Infrastruktur, Landwirtschaft	3 918 €	1 500 €
Finanzen	500 €	0 €
Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen, Familie	0 €	4 076 €
Inneres, Kommunales	0 €	2 300 €
Rechnungshof	0 €	0 €
Gesamt	7 414 355 €	6 957 420 €

*enthalten sind hauptsächlich private Zuwendungen an die Hochschulen des Landes
Quelle: Thüringer Innenministerium